**Vorlage
für die Sitzung
der städtischen Deputation
für Soziales, Jugend und Integration
am 10. März 2016**

„Ambulante Betreuung von Flüchtlingen in Wohnungen“

**hier: Berichtsbitte zum Tod eines 19-jährigen Asylbewerbers durch einen Holz kohlegrill
am 16.02.2016 in der östlichen Vorstadt**

A. Problem

Die Fraktion der CDU hat zur Sitzung der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration zum Umstand des Todes eines 19-jährigen Asylbewerbers Fragen gestellt.

1. Seit wann lebte der 19-jährige in einer eigenen Wohnung? Wie lange hielt er sich vorher bereits in Deutschland auf? Seit wann absolvierte der 19-jährige ein Praktikum?
2. Von welcher Institution wurde der 19-jährige in seiner Wohnung ambulant betreut? Wie oft erfolgte diese ambulante Betreuung in welchem zeitlichen Umfang seit seinem Einzug? Gab es bei der Betreuung Verständigungsprobleme? Wenn ja, wie oft wurde ein Dolmetscher hinzugezogen?
3. Wie viele Personen sind derzeit hauptamtlich in der ambulanten Betreuung von Flüchtlingen aktiv (VK)? Wie viele Flüchtlinge werden derzeit in welchem zeitlichen Umfang von ihnen betreut? Werden bei Verständigungsproblemen Dolmetscher eingesetzt?
4. Welche Erkenntnisse hat die Senatorin darüber, warum bei dem 19-jährigen wann eine Stromsperre erfolgte? Wann wurde er zum Thema Energiesperren durch wen beraten?
5. Wie werden Flüchtlinge, die in Wohnungen umziehen von wem zum Thema Energiekosten, -verbrauch und -sperren beraten? Wie viele Flüchtlinge waren oder sind derzeit nach Erkenntnissen der Senatorin von Energiesperren betroffen?
6. Wie viele Flüchtlinge haben in den letzten zwei Jahren durch das Nichtbezahlen von Miete und Energiekosten ihre Wohnungen verloren? Wo sind sie verblieben

B. Lösung

Die Fragen 1-6 werden im nachfolgenden Kurzbericht beantwortet:

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender Prüfung

Im Rahmen dieser Berichterstattung entstehen keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Nicht erforderlich.

F. Beschlussvorschlag

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend, und Integration nimmt die Antwort der Senatorin für Soziales, Jugend und Integration zur Kenntnis.

Anlage

„Ambulante Betreuung von Flüchtlingen in Wohnungen“

hier: Bericht zum Tod eines 19-jährigen Asylbewerbers

Die Fraktion der CDU hat folgende Fragen gestellt:

1. Seit wann lebte der 19-jährige in einer eigenen Wohnung? Wie lange hielt er sich vorher bereits in Deutschland auf? Seit wann absolvierte der 19-jährige ein Praktikum?
2. Von welcher Institution wurde der 19-jährige in seiner Wohnung ambulant betreut? Wie oft erfolgte diese ambulante Betreuung in welchem zeitlichen Umfang seit seinem Einzug? Gab es bei der Betreuung Verständigungsprobleme? Wenn ja, wie oft wurde ein Dolmetscher hinzugezogen?
3. Wie viele Personen sind derzeit hauptamtlich in der ambulanten Betreuung von Flüchtlingen aktiv (VK)? Wie viele Flüchtlinge werden derzeit in welchem zeitlichen Umfang von ihnen betreut? Werden bei Verständigungsproblemen Dolmetscher eingesetzt?
4. Welche Erkenntnisse hat die Senatorin darüber, warum bei dem 19-jährigen wann eine Stromsperre erfolgte? Wann wurde er zum Thema Energiesperren durch wen beraten?
5. Wie werden Flüchtlinge, die in Wohnungen umziehen von wem zum Thema Energiekosten, -verbrauch und -sperren beraten? Wie viele Flüchtlinge waren oder sind derzeit nach Erkenntnissen der Senatorin von Energiesperren betroffen?
6. Wie viele Flüchtlinge haben in den letzten zwei Jahren durch das Nichtbezahlen von Miete und Energiekosten ihre Wohnungen verloren? Wo sind sie verblieben?

Antworten:

Zu Frage 1:

Der 19-Jährige lebte seit Sommer 2014 in Bremen. Zunächst lebte er in der Erstaufnahmeeinrichtung Steinsetzer Straße, ab dem 29.09.2014 in einer Wohngruppe im Seemannsheim, anschließend in einer Einrichtung für betreutes Jugendwohnen“ und seit August 2015 in seiner eigenen Wohnung. Zunächst begann er eine Ausbildung als Konstruktionsmechaniker in der Berufsbildenden Schule für Metalltechnik an der Reiherstraße und seit dem 01.10.2015 nahm er an einer EQ Maßnahme bei Mercedes als Mechatroniker teil.

Zu Frage 2:

Der Jugendliche wurde seit seiner Ankunft in Bremen kontinuierlich von einem Jugendhilfeträger betreut. Bei Einzug in die eigene Wohnung erfolgte die Betreuung: ambulant im Rahmen des betreuten Jugendwohnen (BJW).

Zu Frage 3:

Für die Antwort auf diese Frage wären umfangreiche Trägerabfragen erforderlich, die Beantwortung im Rahmen der Deputationsbefassung ist daher nicht möglich. Die Betreuung von Ju-

gendlichen in der Verselbständigung durch einen Träger stellt auch sicher, dass bei Verständigungsproblemen Sprachkundige hinzugezogen werden.

Zu Frage 4:

Nach Auskunft des Trägers hat der 19-Jährige Ende Oktober 2015 von der SWB eine Rechnung zur Stromnachzahlung erhalten. Der 19-Jährige hat das Abstellen von Strom nicht verhindern können, auch wenn er sich gemeinsam mit seinem Betreuer an die Verbraucherzentrale gewandt hat sowie an die SWB zur Überprüfung des Stromzählers durch einen Techniker. Am 26.01.2016 wurde Widerspruch gegen die Forderung der SWB eingelegt, am 08.02.2016 hat die SWB den Strom abgestellt.

Der 19-Jährige wurde durch seinen Betreuer beraten und bei den Behördengängen begleitet. Ihm wurde bis zur Klärung mit der SWB ein Zimmer in der früheren Wohngruppe angeboten, dies lehnte der 19-Jährige aber ab.

Zu Frage 5:

Alle Jugendlichen, die im Rahmen der Verselbständigung von Trägern der Jugendhilfe betreut werden, werden bei auftretenden Problemen im Alltag begleitet. Im persönlichen Gespräch werden die unterschiedlichen Aspekte der eigenverantwortlichen Lebensführung bedarfsbezogen erörtert und geklärt. Die Zahl der von Energiesperren betroffenen Flüchtlinge ist statistisch nicht erfasst.

Zu Frage 6:

Die Zahl der von Energiesperren betroffenen Flüchtlinge lässt sich statistisch nicht erfassen. Der Behörde liegen auch keine Erkenntnisse darüber vor, ob und in welcher Zahl Flüchtlinge wegen Rückständen bei Energiekosten ihre Wohnung verloren haben.